

Abstimmung vom 22.9.2002

Wohin mit dem Gold? Doppel-Nein zur SVP-Initiative und zur Solidaritätsstiftung

Abgelehnt: Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds»; Gold für AHV, Kantone und Stiftung (Gegenvorschlag zur Goldinitiative)

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Wohin mit dem Gold? Doppel-Nein zur SVP-Initiative und zur Solidaritätsstiftung. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 620–622.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Am 5. März 1997 gibt der Bundesrat eine Erklärung zu den Mitte der 1990er-Jahren aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit der schweizerischen Politik während des Zweiten Weltkriegs ab. Er kündigt darin die Schaffung einer Solidaritätsstiftung an, welche ein Zeichen für die humanitäre Tradition der Schweiz setzen soll. Als Zweck dieser Stiftung nennt er die Unterstützung von Opfern «von Armut, Katastrophen, Genozid, Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen». Die Finanzierung soll über die Bewirtschaftung eines Teils der Goldreserven der Nationalbank geschehen.

Die SVP lehnt diese Pläne kategorisch ab und lanciert eine Volksinitiative, die sämtliche nicht benötigten Goldreserven und deren Erträge in den AHV-Fonds fliessen lassen will. Der Bundesrat legt derweil dem Parlament eine Botschaft für die Errichtung einer Solidaritätsstiftung vor. Die Botschaft beinhaltet zwei Beschlüsse. Der eine legt fest, dass die aus dem Verkauf von Goldbeständen der Nationalbank erzielten Erträge nicht für währungspolitische Zwecke der Nationalbank zu verwenden sind, der zweite, dass der Erlös aus dem Verkauf von 500 Tonnen Gold an eine Solidaritätsstiftung gehen soll. Diese soll Projekte unterstützen, welche im In- und Ausland Gewalt und Armut lindern. Die Initiative der SVP empfiehlt der Bundesrat zur Ablehnung mit der Begründung, diese würde nicht nur die Solidaritätsstiftung verhindern, sondern Bund und Kantone auch auf unbefristete Zeit hinaus den Zugriff auf die Goldreserven versagen.

Der Ständerat beschliesst, dass der gesamte Verkaufserlös der 1300 Tonnen Gold (rund 18 Mrd. Franken) in einen auf 30 Jahre befristeten Fonds fliessen soll. Die Fondserträge sollen zu je einem Drittel der Solidaritätsstiftung, der AHV und den Kantonen zukommen. Der Nationalrat schliesst sich dieser Entscheidung an und spricht sich gegen den Widerstand der SVP und Teilen der FDP mit 104 zu 66 Stimmen für die Schaffung einer Solidaritätsstiftung aus. Die Initiative der SVP wird mit 141 zu 41 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. In der kleinen Kammer lauten die Stimmenverhältnisse bei beiden Vorlagen 33 zu 5.

GEGENSTAND

Die Initiative verlangt, dass Währungsreserven, die nicht für geld- oder währungspolitische Zwecke benötigt werden, von der Nationalbank auf den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung übertragen werden.

Der Gegenvorschlag sieht vor, dass der Erlös aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Gold einem vom Bundesrat zu errichtenden Fonds übertragen wird. Dessen Ausschüttungen sollen während 30 Jahren je zu einem Drittel an die AHV, an die Kantone und an eine humanitäre Stiftung fliessen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Federführung der Kampagne für die Solidaritätsstiftung wird von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) übernommen. Die Hilfswerke sind neben den Bundesbehörden denn auch die Einzigen, die

in der Öffentlichkeit aktiv für die Vorlage werben. Unterstützt wird die Vorlage von allen grösseren Parteien ausser von SVP, LPS, SD, FPS, Lega und dreizehn Kantonalsektionen der FDP. Die SVP führt den Kampf gegen die Solidaritätsstiftung nur nebenbei und konzentriert sich weitgehend auf das eigene Projekt. Dabei argumentiert sie, dass die überschüssigen Goldreserven der Nationalbank «Volksvermögen» seien, das nun dem Volk zurückerstattet werden müsse. Dies geschehe am besten über ihre Zuteilung an den AHV-Fonds, da damit auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der steigenden AHV-Kosten verzichtet werden könne.

Die Japarole für die SVP-Initiative beschliesst neben SD, FPS und Lega auch der Gewerkschaftsbund, bei dem das Interesse an den zusätzlichen Mitteln für die AHV grösser ist als die Bedenken. Er empfiehlt allerdings auch den Gegenvorschlag des Parlaments zur Annahme und gibt diesem bei der Stichfrage den Vorzug. Eine analoge Empfehlung schlägt die Geschäftsleitung der SP ihren Delegierten vor. Diese beschliessen jedoch für die SVP-Initiative die Neinparole. In einem vergleichbaren Dilemma, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, steckt die FDP. Mit einem doppelten Nein und dem Vorschlag, die Mittel auf Bund und Kantone zum Zweck des Schuldenabbaus zu verteilen, könnte sie sich zwar als einzige um gesunde öffentliche Finanzen bemühte Regierungspartei profilieren. Andererseits hat die FDP die Solidaritätsstiftung von Anfang an verteidigt. Die Delegierten entscheiden sich schliesslich mit 128 zu 89 Stimmen für die Japarole zum Gegenvorschlag, wovon dann allerdings gut die Hälfte der Kantonalsektionen abweicht.

ERGEBNIS

Am 22. September 2002 lehnen Volk und Stände sowohl die SVP-Initiative als auch den Gegenvorschlag mit recht knappen Mehrheiten ab: Beide erhalten 46,4% Jastimmen. Das Ständemehr wird von beiden Vorlagen deutlich verfehlt. Während die SVP-Initiative in der Nordostschweiz und im Tessin am meisten Unterstützung findet, wird die Solidaritätsstiftung in Basel-Stadt, im Jura, in Neuenburg, sowie hauchdünn in Bern, Zürich und Luzern angenommen. Die nicht mehr relevante Stichfrage geht knapp zugunsten der Solidaritätsstiftung aus.

Die nach dem Urnengang durchgeführte Meinungsumfrage ergibt, dass das wichtigste, allerdings nicht das einzige Motiv für die Ablehnung des Gegenvorschlags die darin enthaltene Solidaritätsstiftung bildete. Diese wurde nur von den unter 40-Jährigen und von Personen mit Hochschulabschluss mehrheitlich gutgeheissen. Während die Sympathisanten der FDP und der CVP gespalten waren, folgten diejenigen der SP und der SVP weitgehend den Parolen ihrer Parteien; das vom Gewerkschaftsbund und einem Teil der SP propagierte doppelte Ja überzeugte nur ein gutes Viertel der SP-Anhängerschaft.

QUELLEN

BBI BBI 2001 1403; BBI 2001 2742. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1997 bis 2002: Wirtschaft – Finanzwesen – Geld- und Währungspolitik;

Grundlagen der Staatsordnung – Politische Grundfragen und Nationalbewusstsein. Vox Nr. 78.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.